

*Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind
Herrn Vorsitzenden Ulrich T. Christenn
Im Ausschuss für Umwelt*

Es informiert Sie Beate Benten
Anschrift Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail beate.benten@cdu-fraktion-wuppertal.de
Datum 22.03.2022
Drucks. Nr. VO/0371/22
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
23.03.2022	Ausschuss für Umwelt
31.03.2022	Hauptausschuss

**Antrag der CDU-Fraktion zur Tagesordnung, Tagesordnungspunkt VO/1802/22
„Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands,“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Christenn,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, die Mitglieder des Umweltausschusses und des Hauptausschusses mögen beschließen:

1. Der Rat der Stadt Wuppertal bekennt sich zu den Klimaschutzziele des Pariser Abkommens und unterstützt in diesem Sinne die inhaltlichen Ziele des Bürgerantrages von FRIDAYS FOR FUTURE Wuppertal. Die Existenz der weltweiten Klimakrise steht außerhalb jeden Zweifels, ebenso ist es unbestrittene Tatsache, dass diese dringenden Handlungsbedarf erfordert. Die Ausrufung eines „Klimanotstands“ für die Stadt Wuppertal wird jedoch nicht unterstützt, denn die Umsetzung konkreter Maßnahmen wie beispielsweise der gemeinsam verabschiedete Antrag „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung – jetzt (VO/1242/21) und weiterer konkreter Maßnahmen in der Zukunft wiegen mehr als bloße Symbolpolitik. Außerdem ist der Begriff „Notstand“ im allgemeinen Sprachgebrauch mit zivil- oder verfassungsrechtlichem Notstand gleichgesetzt und wird oft mit Außerkraftsetzung von Regeln bei einer drohenden Gefahr verbunden. Dies kann hier aber nicht das erklärte Ziel der Stadt Wuppertal sein.
2. Der Rat der Stadt Wuppertal bekräftigt seinen Willen in Fragen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung besonnen, zielgerichtet und zügig in Abwägung mit anderen politischen Zielen wie soziale Gerechtigkeit und soziale Gestaltung nachhaltig zu handeln.
3. Der Rat der Stadt Wuppertal teilt die Einschätzung des Bürgerantrags von FRIDAYS FOR FUTURE, dass der Klimawandel und die daraus resultierende Klimakrise globale Probleme sind, welche überall auf der Welt, somit auch bei uns in Wuppertal stattfinden, deren wirkungsvolle Bekämpfung und Schadensbegrenzung nicht allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht werden kann. Daher braucht es jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um zu verhindern, dass sich die

Klimakrise zu einer Klimakatastrophe ausweitet. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung dauerhaft auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Es muss jetzt gehandelt werden.

4. Die Stadt Wuppertal erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von sehr hoher Priorität an. Deren wirksame Bekämpfung vor Ort kann jedoch nur im Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft stattfinden.

5. Die Stadt Wuppertal verpflichtet sich dazu, mit großem Nachdruck darauf hinzuwirken, dass alle ihre Verwaltungsstandorte und städtischen Töchtern ab spätestens 2035 100% erneuerbare Energien für den Eigenbedarf beziehen oder selbst erzeugen, sowie die Energieerzeugung durch die Stadtwerke bis spätestens 2035 100%-ig erneuerbar ausgerichtet ist. Dabei müssen die wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidungen stets mitgedacht und abgewogen werden und auch der tatsächliche Effekt der effektiv erreichten CO₂-Reduzierung betrachtet werden. Dieses schließt reine „Verlagerungsszenarien“ durch Eigentümerwechsel faktisch aus, da diese zwar die Wuppertaler, nicht aber die globale CO₂-Bilanz verbessern würden.

6. Der Rat der Stadt Wuppertal hat mit dem gemeinsam verabschiedeten Antrag „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung – jetzt!“ (VO/1242/21), dem „14 Punkte Paket für mehr Klimaschutz“ und dem integrierten Klimaschutzkonzept das Ziel der Klimaneutralität in den Fokus genommen und bekräftigt an dieser Stelle, dass die Stadt bis zum Jahr 2035 anstrebt, klimaneutral zu werden und zur Erreichung dieses Ziels sektorenübergreifende Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen umzusetzen.

7. Der Rat der Stadt Wuppertal bekräftigt die in der Bergischen Erklärung "Hundertprozentig erneuerbar – Gemeinsam die Bergische Energiewende gestalten“ (VO/0960/12) gesetzten Ziele.

8. Die Stadt Wuppertal verpflichtet sich dazu, in Zukunft weiterhin mit wissenschaftlichen Institutionen, Expertinnen und Experten zusammenzuarbeiten und an Konzepten für stärkeren Klima- und Umweltschutz zu arbeiten sowie bestehende Konzepte kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Im Fokus des aktuellen Verwaltungshandelns stehen jedoch aus Effizienz- und Ressourcengründen zunächst die bereits beschlossenen oder in Umsetzung befindlichen Maßnahmen.

9. Konkrete Maßnahmen sind wichtiger als Symbole. Dort wo das Bewusstsein in der Gesellschaft noch weiter geschärft werden muss, muss dies durch konsequente Aufklärung und Bildung geschehen. Die Stadt wird hieran im Rahmen einer kontinuierlichen Aufklärungskampagne mitwirken.

10. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Bundes- und Landesregierung auf, den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ludger Kineke & Caroline Lünenschloss

Fraktionsvorsitzende CDU-Fraktion

Thomas Hahnel-Müller

Sprecher im Umweltausschuss